

18.31

Abgeordnete Eva Maria Holzleitner, BSc (SPÖ): Herr Präsident! Frau Ministerin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es an dieser Stelle schon oft diskutiert: Jungen Menschen geht es schlecht in dieser Krise! Das zeigt sich an Autoaggression wie Ritzen, an Schlafproblemen und Depressionen. Kinder, Jugendliche, Familien sind am Limit, erst gestern ist wieder eine Studie herausgekommen, dass die Traumasymptome ebenfalls recht stark zunehmen – und das ist eine sehr dramatische Situation.

Als SPÖ weisen wir seit Anfang dieser Krise auf diese Thematik hin. Wir weisen darauf hin, dass es extra Pakete für Kinder und Jugendliche bräuchte – echte Unterstützungspakete – und dass die Förderung, die gesicherte finanzielle Absicherung einerseits von Jugendarbeit und Jugendorganisationen und andererseits auch von Beratungsstellen ein wichtiger Baustein dafür wäre. Beratungsstellen, insbesondere Familienberatungsstellen, leisten nicht nur in der Krise einen wesentlichen Beitrag für Familien, Kinder und Jugendliche – und deren Finanzierung ist einfach nicht gesichert.

Wir erinnern uns an die letzte Bundesregierung: Schwarz-Blau hat leider damals 1 Million Euro gekürzt. Das war eine dramatische Situation, das Bestehen von ausreichenden Angeboten war gefährdet. Das Budget ist leider nach wie vor unterdotiert – und dass die Beratungsangebote bei weitestgehend stagnierendem Budget aufrechterhalten werden können, heißt, dass bei den Honoraren von Beraterinnen und Beratern gekürzt wird. Professionelle, qualitative Beratung muss wertgeschätzt werden – auch entgeltlich durch eine entsprechende Budgetaufstockung. Ich glaube, das ist sehr wichtig, damit die Professionalität, die Niederschwelligkeit und das Angebot auch weiterhin bestehen bleiben.

Deshalb bringe ich folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva-Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Familienberatungsstellen am Limit!“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration, wird aufgefordert das Budget der Familienberatungsstellen auf 18 Mio. Euro zu erhöhen und diesen Betrag in den kommenden Jahren budgetär fortzuschreiben. Die gravierenden negativen psychosozialen Auswirkungen der Corona Pandemie auf Familien müssen rasch und wirksam bekämpft werden.“

Auf einen Antrag, den wir heute hier leider nicht diskutieren, möchte ich auch noch kurz eingehen: Als SPÖ fordern wir endlich einen Jugendgipfel in dieser Pandemie.

Bundesjugendvertretung, Expertinnen, Experten, Stakeholderinnen, Stakeholder und Kinder und Jugendliche: Holen wir sie an einen Tisch, diskutieren wir unter breiter Beteiligung ein maßgeschneidertes Unterstützungspaket für Kinder und Jugendliche! Ich glaube, das wäre etwas, was es jetzt brauchen würde: einen Jugendgipfel unter breiter Beteiligung aller Betroffenen, an allererster Stelle der Kinder und Jugendlichen. Das wäre unabdingbar und wichtig. – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der NEOS.)*

18.34

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Eva-Maria Holzleitner, BSc, Petra Wimmer, Genossinnen und Genossen

betreffend „Familienberatungsstellen am Limit!“

Eingebracht im Zuge der 89. Sitzung des Nationalrates am 24. März 2021 zur Debatte zum Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 1343/A der Abgeordneten Norbert Sieber, Barbara Neßler, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird und das Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutfolgen (COVID 19 Gesetz-Armut) geändert wird (753 d.B.)

Ein Blick zurück: Im Jahr 2017 betrug das Bundesbudget für die gesetzlich verankerte Familienberatung 13,1 Mio. Euro. Unangekündigt kürzte die damalige Familienministerin Bogner-Strauß dieses Budget um 1 Mio. Euro und nur ein massiver Aufschrei des Dachverbands Familienberatung bewirkte, dass 50 Prozent der Kürzung aus Budgetmitteln des Familienressorts kompensiert wurden. Der ursprüngliche Betrag wurde jedoch selbst in den Folgejahren nicht mehr budgetiert.

Nach einem Jahr Corona-Pandemie sind Familienberatungsstellen chronisch unterfinanziert. 385 Familienberatungsstellen begleiten über 250.000 Menschen und leisten 500.000 Beratungsstunden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch den enorm gestiegenen Beratungsdruck massiv überlastet. Eine ausreichende Budgeterhöhung für höher frequentierte Familienberatung ist ein Gebot der Stunde.

Die Familienberatungsstellen sind am Limit! Es ist eine gesellschaftliche Verpflichtung die negativen psychosozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bekämpfen und mehr Geld für professionelle Familienberatungen bereitzustellen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration, wird aufgefordert das Budget der Familienberatungsstellen auf 18 Mio. Euro zu erhöhen und diesen Betrag in den kommenden Jahren budgetär fortzuschreiben. Die gravierenden negativen psychosozialen Auswirkungen der Corona Pandemie auf Familien müssen rasch und wirksam bekämpft werden.“

Präsident Ing. Norbert Hofer: Der Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt, ordnungsgemäß eingebracht und steht auch mit in Verhandlung.

Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Michael Bernhard. – Bitte, Herr Abgeordneter.